

Antworten der Partei DIE LINKE. auf die Fragen von Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass in Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes ein grundsätzliches Rüstungsexportverbot festgeschrieben wird?

Ja. DIE LINKE setzt sich als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien für ein gesetzliches Verbot von allen Rüstungsexporten ein. In der vergangenen Legislaturperiode haben wir den Antrag "Export von Rüstungsgütern verbieten" im März 2018 (Drucksache 19/1339) eingebracht, in dem wir ein ausnahmsloses Verbot des Exports von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern fordern. Alle anderen Fraktionen im Deutschen Bundestag lehnten diesen friedenspolitischen Antrag ab. Während die Bundesregierung eine "restriktive Rüstungsexportpolitik" propagiert, sind die aus Deutschland gelieferten Waffen von 2016 bis 2020 im Vergleich zum vorherigen Fünfjahreszeitraum um 21 Prozent gestiegen. Unter der Merkel-Regierung hat sich Deutschland zum viertgrößten Waffenexporteur der Welt entwickelt. 2019 hat die Große Koalition im Schnitt lediglich einen von 500 Rüstungsexportanträgen der deutschen Rüstungsschmieden abgelehnt. Wer einen Exportantrag stellt, bekommt ihn auch genehmigt. Jede Waffe findet ihren Krieg. Um dieses Geschäft mit dem Tod zu beenden, gibt es nur einen Weg: ein generelles gesetzliches Rüstungsexportverbot.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz einsetzen, das den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich verbietet, sodass Rüstungsexporte nur in zu begründenden Ausnahmefällen genehmigt werden können?

Ja. Die beste Rüstungsexportkontrolle ist, erst gar keine Waffen zu exportieren. Wir unterstützen ein Rüstungsexportkontrollgesetz, wenn es ein gesetzliches Verbot aller Rüstungsexporte regelt.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass ein Verbandsklagerecht geschaffen wird, welches es zivilgesellschaftlichen Organisationen ermöglicht, Rüstungsexportgenehmigungen auf ihre Rechtmäßigkeit hin überprüfen zu lassen?

Ja. DIE LINKE unterstützt die Einführung eines Verbandsklagerechts, die zivilgesellschaftlichen Organisationen ermöglicht, Rüstungsexportgenehmigungen auf ihre Rechtmäßigkeit hin überprüfen zu lassen. DIE LINKE fordert weitergehend einen Stopp von Rüstungsexporten, so dass es erst gar keine Genehmigungsentscheidungen gibt, die überprüft werden müssten.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass Rüstungsexporte an kriegführende, menschenrechts- und völkerrechtsverletzende Staaten umgehend gestoppt werden?

Ja. Exporte in autoritäre Regime müssen sofort gestoppt werden.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl - angesichts der besonders hohen Opferzahlen - für ein vollständiges Exportverbot von Kleinwaffen und Leichten Waffen (gemäß UN-Definition), von zugehörigen Teilen sowie Munition einsetzen?

Ja. Wir fordern einen sofortigen **Stopp aller Rüstungsexporte**, insbesondere den Export von Waffenfabriken, Klein- und Leichtwaffen, da deren Endverbleib nicht kontrolliert werden kann.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass deutsche Regularien nicht durch eine unkontrollierte Internationalisierungsstrategie deutscher Rüstungskonzerne (z.B. durch technische Unterstützung, Lizenzvergabe oder Unternehmensbeteiligungen an ausländischen Firmen) umgangen werden können?

Ja. DIE LINKE will alle Möglichkeiten beseitigen, mit denen Rüstungsfirmen die Kontrollen in Deutschland umgehen wollen. So müssen auch Produktionsstätten deutscher Firmen im Ausland unter die deutschen rüstungspolitischen Vorgaben fallen. DIE LINKE schließt Technologietransfers, Unternehmensbeteiligungen und Lizenzvergaben bezüglich Rüstungsgütern aus. Das gilt für alle Staaten. Europäische Rüstungskonzerne wie Airbus oder Rheinmetall müssen gezwungen werden, ihre Rüstungsproduktion in autoritären Regimen einzustellen. Gleiches muss für digitale Technik gelten, die in Konflikten als Waffe eingesetzt werden kann oder die Überwachung und Kontrolle von Telekommunikation und Endgeräten ermöglicht. Wir wollen Gesetzeslücken schließen, die es deutschen Unternehmen ermöglichen, die deutschen Gesetze zu umgehen. Auch spezielle Kooperationsregelungen mit befreundeten Staaten wie mit Frankreich, zur Erleichterung von Rüstungsexporten, lehnt DIE LINKE ab, denn über diesen Umweg könnten deutsche Waffen in die ganze Welt gelangen.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl gegenüber der Bundesregierung für eine Verschärfung und strikte Einhaltung der europäischen Kriterien für den Rüstungsexport (Gemeinsamer Standpunkt der EU) einsetzen?

Ja. Wir wollen die EU-Rüstungsagentur abschaffen und setzen uns für ein EU-weites Verbot von Rüstungsexporten ein. Der zentrale Schwachpunkt des Gemeinsamen Standpunkts besteht darin, dass es den EU-Mitgliedstaaten obliegt, die Kriterien auszulegen, wie es ihnen passt. Ob ein Land wie etwa Saudi-Arabien die Menschenrechte verletzt (Kriterium 2), entscheidet jedes EU-Land für sich selbst und nach eigenem Ermessen. Dem Gemeinsamen Standpunkt fehlen so unabhängige Überwachungsmechanismen sowie Sanktionsmöglichkeiten. DIE LINKE setzt sich auch auf EU-Ebene für ein striktes Rüstungsexportverbot, eine Entmilitarisierung der EU sowie für eine Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Güter ein. Exporte in autoritäre Regime wie Ägypten und die Türkei müssen sofort gestoppt werden.